

# Buchvorstellung

## *Facing Global Environmental Change*

*Environmental, Human, Energy, Food, Health and Water Security Concepts*

Herausgeber: Hans Günter Brauch, Úrsula Oswald Spring, John Grin, Czeslaw Mesjasz, Patricia Kameri-Mbote, Navnita Chadha Behera, Béchir Chourou, Heinz Krummenacher  
Berlin/ Heidelberg/ New York: Springer-Verlag, 2009

**Mittwoch, den 22. April 2009, 18.00 Uhr**

**im Besucherzentrum des Auswärtigen Amts**

**Kommentare aus der Sicht der Wissenschaft und Praxis**

**Prof. Dr. Hans-Joachim Gießmann.**

Leiter und Senior Researcher, Berghof Forschungszentrum  
für konstruktive Konfliktbearbeitung, Berlin

**Zur Einführung des Buchs: Hans Günter Brauch et. al. „Facing Global Environmental Change. Environmental, Human, Energy, Food, Health and Water Security Concepts“**

Ich freue mich sehr, an dieser Buchpräsentation heute teilzunehmen, als Vertreter des Forschungsinstituts der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung, die dieses beeindruckende Projekt mitgefördert hat. Für den Stiftungsgründer Prof. Georg Zundel waren praktische Ansätze zur Bewältigung von Umweltrisiken ein besonderes Herzensanliegen und lebensbegleitendes Motiv seines wissenschaftlichen und unternehmerischen Wirkens.

Was kann in wenigen Minuten einem von so kundigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verfassten Opus und meinen Vorreden noch Hörenswertes hinzugefügt werden. Ich will die zentrale Botschaft des Buches, die rapide gewachsene sicherheitspolitische Relevanz ökologischen Wandels aufgreifen. Ökologischer Wandel erzeugt naturgemäß Unsicherheit. Vor allem Zustandsverschlechterungen der Umwelt, die unmittelbar beobachtet und erlebt werden, sind eine Quelle von Unsicherheit. Dies ist gewiss keine neue Erkenntnis.

Ins Bewusstsein rückt jedoch zunehmend, dass die Lebensverhältnisse durch Umweltveränderung strukturell und nachhaltig auch dann beeinträchtigt werden können, wenn eine Zustandsverschlechterung nicht unmittelbar beobachtet werden kann. Die Verbreitung wissenschaftlicher Befunde über die Globalität des Wandels hat zu dieser Erkenntnis beigetragen. Insofern kann von einem allmählich entstehenden globalen Umwelt-Unsicherheitsbewusstsein gesprochen werden. Zugleich gilt aber weiter, dass im globalen Maßstab das Unsicherheitsempfinden uneinheitlich ausgeprägt ist und insbesondere dort, wo es absolut oder sektoral niedrig ist, die Diskrepanz zwischen umweltpolitisch notwendigem und tatsächlichem Handeln besonders groß zu sein scheint.

Wie Menschen auf zivilisatorische Risiken ihrer Existenz infolge des globalen Wandels der Umwelt reagieren bzw. reagieren sollten, davon handelt dieses im mehrfachen und im besten Sinne gewichtige Buch.

Die Interdependenz zwischen Umwelt und Sicherheit ist vielschichtig – sie wird dort als besonders eng begriffen, wo der anthropogene Ursprung der Veränderung augenfällig und direkt erscheint: bei der massiven industriellen Emission von Treibhausgasen, bei der toxischen Vergiftung von Flüssen und Meeren, bei der Abholzung von Tropenwäldern usw. Dabei führen einfache Rückkoppelungen etwa sozialer Folgen wie Migration auf ökologische Ursachen nicht selten zu deterministischen Annahmen, die Kausalitäten nur verzerrt spiegeln und oft auch keine klugen politischen Ratgeber sind.

Der ökologische Wandel wird in der Regel stark durch das Prisma hierarchisch strukturierter Interessen beurteilt. Von ihnen beeinflusst können Ursachen und Folgen des Wandels unterschiedlich, bezogen auf die anthropogene Verantwortung sogar gegensätzlich betrachtet werden. So wird die jeweils eigene Verantwortung gern hinter Schuldzuweisungen an die Adresse Dritter versteckt, wobei diese zugleich zur Rechtfertigung fortgesetzten eigenen Handelns herhalten. Aus diesem Aktions/Reaktionsschema – in der sicherheitspolitischen Forschung kennt man hierfür den von John Herz geprägten Begriff des Sicherheitsdilemmas – erwächst eine politische Konfliktkonstellation, die in ihrem Kern dem wahrgenommenen Sicherheits-*Risiko* eine weiternde Dimension hinzufügen kann – die der sicherheitspolitischen *Bedrohung*.

Anders als im Falle direkter militärischer Bedrohungen z.B. zwischen Staaten ist die Dimension der anthropogen beeinflussten Umweltveränderung für viele Menschen heute noch überwiegend weniger schlüssig. Ein Grund hierfür ist, dass militärische Drohungen mutmaßlich intendiert sind, während die anthropogen verursachte Schädigung der Umweltbedingungen (mit Ausnahme der Umweltkriegführung) in der Regel nicht in der primären Absicht der auslösenden Akteure liegt. Sie ist vielmehr „lediglich“ das Resultat mangelnder Rücksichtnahme, oder anders formuliert ein „Kollateralschaden“ der Industriepolitik. In der Wahrnehmung der unmittelbar Geschädigten wird jedoch aus diesem „Kollateralschaden“ ein Akt der Bedrohung. Das Aufstauen von internationalen Flussläufen oder deren Vergiftung durch Oberlieger in der Wahrnehmung der Unterlieger liefert hierfür einen Beleg. In den meisten Fällen sind aber direkte Ursache/Folgebeziehungen schwerer auszumachen. Sicherheitspolitisch ist mangelnde Transparenz jedoch bekanntlich kaum weniger beunruhigend.

Anthropogene Verantwortung in Bezug auf Umweltveränderung ist vor dem Hintergrund einer räumlichen und zeitlichen Distanz von Ursache und Wirkung oft nicht eindeutig festzustellen und politisch zuzuordnen. Wie soll haftbar gemacht werden, wer sich Tausende von Kilometern entfernt befindet oder vielleicht Jahre oder Jahrzehnte zuvor politische Entscheidungsbefugnis besaß? Die Ursachen für die sichtbaren Umweltschäden der Gegenwart liegen zum Teil Jahrzehnte zurück; Paul Kennedy verglich einst eine radikale umweltpolitische Kehrtwende mit dem Versuch, einen mit voller Geschwindigkeit fahrenden Supertanker auf hoher See zu stoppen. Der über viele Seemeilen weiter driftende Tanker verdeutlichte, dass die Beeinträchtigung der existenziellen Sicherheit auf längere Sicht weiter zunimmt, selbst nach einer völligen Kehrtwende. Die Legitimation für einen Politikwechsel zu erlangen, der nicht nur keinen unmittelbaren Gewinn erzeugt, sondern – vielleicht – mit zusätzlichen Einschnitten in die bisherige Lebensweise verbunden wäre, ist aber nicht nur in Demokratien ein politisch heikles Unterfangen.

Ein weiteres Problem ist, dass jene, die schon heute in ihrer Existenz zum Beispiel vom Klimawandel direkt betroffen sind – also in besonderer Weise in ihrer Sicherheit beeinträchtigt sind - über eine vergleichsweise geringe Verhandlungs- und Gestaltungsmacht innerhalb der Regime verfügen, die globale Regeln zur Prävention lokaler Risiken setzen sollen. Bisher vertreibt die Verzweiflung die Menschen lediglich aus ihrer angestammten Heimat. Wer will aber ausschließen, dass auch andere Reaktionen möglich sind, wenn die von ihnen für verantwortlich Gehaltenen weiter unsolidarisch handeln?

Wie sehr wir es heute mit einer globalen Dichotomie in der Wahrnehmung von Ursachen und Wirkungen globaler Entwicklungen zu tun haben, machte jüngst ein deutscher Kabarettist deutlich, der zur anthropogen beeinflussten Klimaerwärmung auch im Norden böse zuspitzend fragte, wie oft er denn um den Block fahren müsse, um diesen Trend zu erhalten. Anthropologisch gedeutet verweist dieses Bonmot darauf, dass das menschliche Handeln primär durch Interessen und Erfahrungen gesteuert wird. Als Hypothese wäre abzuleiten, dass Menschen erst auf erlebte Zustandsveränderungen reagieren und nur einer drohenden Zustandsverschlechterung für das eigene Sein präventiv zu begegnen suchen.

Das anachronistische Moment beider – der Dichotomie der Wahrnehmung auf Seiten Betroffener und scheinbar Unbetroffener, wie der aus ihr abgeleiteten Hypothese – ist aber, dass Interessen und Erfahrung zwar mobilisierend wirken können, jedoch durch die Ausblendung ergänzenden Wissens und globaler Interdependenzen, Handlungsweisen hervorbringen, welche die Lebensbedingungen anderer nachhaltig schädigen, in einer interdependenten Welt aber auch die eigenen. Womit wir wieder bei der Unsicherheit angelangt sind.

Die eigentliche *sicherheitspolitische* Spannung entsteht nicht primär durch die globale Umweltveränderung, sondern durch eine als bedrohlich weil unsolidarisch verstandene Politik, die nachteilige Umweltveränderung in Kauf nimmt oder sogar beschleunigt, um anderen Interessen zu eigenem Vorteil Geltung zu verschaffen. Dies trifft – nebenbei bemerkt – im Großen wie im Kleinen zu, wenn man einmal davon ausgeht, dass große systemische Veränderungen nicht auf einen Schlag, sondern schleichend erfolgen.

Die große Kluft mangelnder Solidarität verläuft global betrachtet übrigens nur auf den ersten Blick zwischen Nord und Süd. Wer im Norden auf eigenes Überleben auf Kosten des Südens setzt und entsprechend handelt, unterliegt einem auch sicherheitspolitischen Irrtum. In den Zeiten der nuklearen Abschreckung galt als These: „Wer zuerst schießt, stirbt als Zweiter“. Das Diktum der nuklearen Globalisierung kann auf den globalen ökologischen Wandel sinngemäß übertragen werden. Die Schädigung der Lebensbedingungen für Teile der Zivilisation fällt – wirtschaftlich, sozial, finanzpolitisch, ökologisch und unter Umständen auch in bewaffneter Form – auf die Verursachenden zurück. Anders als vor 40 Jahren, als globale Umweltpolitik als Zivilisationsproblem erstmals systematisch wissenschaftlich exploriert wurde, kann heute niemand mehr sagen, er hätte um die Folgen seines Handelns nicht gewusst.

Selbst wenn die unmittelbaren Ursachen für die Verschiebung etwa der Vegetationszonen im Einzelnen strittig bewertet werden, bleibt festzuhalten, dass deren schwerwiegendsten Folgen dort zuerst eintreten, wo die geringsten institutionellen Voraussetzungen sowie technischen und finanziellen Fähigkeiten für die Vermeidung einer humanitären Katastrophe bestehen. Wird ihnen aber nicht präventiv begegnet, was ethisch und moralisch verwerflich wäre, nehmen auch die Fähigkeiten zur Katastrophenverhinderung jener ab, die heute noch handeln können.

Doch was sind die Alternativen? Eine zivilisationsverträgliche und zugleich solidarische Weltordnung steht in der moralischen Zwickmühle ausgleichender Gerechtigkeit. Mahatma Gandhi hat einst auf die Frage, ob Indien den Entwicklungsstand Großbritanniens erreichen werde mit der Feststellung reagiert, dass die Briten hierfür ein Viertel der Erde in Anspruch genommen hätten und mit der ironischen Gegenfrage geantwortet, wie viele Planeten Indien denn wohl benötigen würde...

In Indien und China kann besichtigt werden, in welcher atemberaubenden Geschwindigkeit die ökologischen Fehlleistungen der westlichen Moderne kopiert werden. Aus den einst Betroffenen des globalen ökologischen Wandels sind inzwischen Mitverursachende geworden. Chinas industrielle Politik wird außerhalb seiner Grenzen zunehmend auch – und zwar wegen mangelnder Rücksichtnahme auf Forderungen aus dem Westen – dort als ein potenzielles Sicherheitsrisiko erachtet. Kann aber China verwehrt werden, was anderen erlaubt war, insbesondere wenn diese selbst eine solidarische industriepolitische Kehrtwende nicht vollziehen wollen? Appelle zur umweltpolitischen Besinnung an die Adresse Beijings sind unter diesen Vorzeichen schwach. Interessanterweise hat aber das von mir eingangs beschriebene Umweltunsicherheitsbewusstsein inzwischen auch China erfasst.

Der sicherheitspolitische Zaubermix aus Verhandlungen, Kompromiss und Kooperation stößt allerdings auf etliche Schwierigkeiten. Riskierte eine Regierung unter Verweis auf globale Verantwortung und solidarische Politik wirkliche soziale Einschnitte, wäre ihr Rückhalt in der Demokratie binnen kurzem dahin. Ginge sie aber den Weg einer Art umweltpolitischer Kolonialisierung (Altvater/Mahnkopf 1997: 532), dürfte das Nord-Süd-Gefälle zunehmend die Konturen eines *sicherheitspolitischen* Konflikts annehmen. Was jedoch als Zwickmühle erscheint ist das Ergebnis eines bisher noch immer nicht hinreichend verarbeiteten Paradigmenwechsels zivilisatorischen Seins. Die Zeit des noch möglichen Durchwurstelns ist vorüber. Darüber kann nicht hinwegtäuschen, dass angesichts der heute alltagsbestimmenden Finanzkrise, die ökologischen Themen schlagartig weniger dringlich erscheinen. Eine Katastrophe verschwindet nicht dadurch, dass sie von einer anderen aus den Schlagzeilen verdrängt wird. Dies gilt umso mehr als sie noch vorhanden und noch größer als heute sein wird, wenn die Konjunktur irgendwann demnächst zurückkehrt. Lediglich weiterer Zeitverlust wird dann beklagt werden. Solidarisches Handeln bedarf einer breiten Unterstützung, insbesondere auf Seiten jener, die über die Mittel und Kompetenzen verfügen, entschlossen zu handeln. Es bedarf aber auch des Mutes zu unbequemen Wahrheiten. Und – in sicherheitspolitischer Hinsicht besonders bedeutsam – es verlangt nach aufrichtigem Bekenntnis zu eigener Verantwortung anstelle unangemessener Schuldzuweisungen an die Adresse Dritter.

Die Botschaft des vorgelegten Buches wird explizit durch die Denkansätze der Kopenhagener Schule geprägt. Tatsächlich gibt es angesichts von Intensität und Ausmaß des globalen Wandels gute Gründe, von einer „securitization“ interdependenter Politikfelder zu sprechen. Anders als der aus dem Lateinischen abgeleitete Begriff (zunehmend ohne Sorge sein), impliziert die gelegentlich verwendete deutsche Übersetzung der „Versicherheitlichung“ aber auch eine durchaus negative Konnotation, die meines Erachtens ebenfalls ihre Berechtigung besitzt. Ole Waever, einer der bekanntesten Vertreter der Kopenhagener Schule, warnte explizit vor einer drohenden Neigung von Regierungen, Risiken in Sicherheitsprobleme umzudeuten, um Konzepte zu legitimieren, die im Kern auf „Bedrohung, Verteidigung und staatszentrierte Lösungen“ fokussieren. (Waever 1995: 54-55, 65, 75, siehe auch Buzan/Waever 2003: 491)

Die Idee des erweiterten Sicherheitsbegriffs sucht die Erkenntnis über existenzbedrohende Risiken konstruktiv in einen holistischen, empathischen und partizipativen Politikansatz zu übersetzen, also eine verantwortungsvolle Politik zu definieren, die gelegentlich als „Erdpolitik“, „Weltumweltpolitik“, „Weltinnenpolitik“, oder „Global Governance“ bezeichnet wird und in deren Ergebnis zivilisatorische Unsicherheit abnimmt und weltweite Zusammenarbeit auf allen Ebenen gefördert wird. Einem solchen Ansatz ist der Blick durch die eng geschliffene Brille der Sicherheitspolitik abträglich, sofern sie sich im engeren Sinne als Abwehr von Bedrohungen versteht. Vor allem Nullsummenspiele jeglicher Art sind unzeitgemäß. Wird der globale Wandel aber nicht nur als ein Risiko betrachtet, und nicht nur als Chance für verbesserte Kooperation, sondern Gemeinschaftssinn als *Conditio qua non* für ein zivilisationsverträgliches Sein begriffen, entstünde aus der Krise das Potenzial für eine neue Sicherheitspolitik, die den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts endlich entspricht.

Das heute vorgestellte Buch ist eine Werbung für dieses Ziel. Ich wünsche ihm eine breite Leserschaft in aller Welt.

Altvater, Elmar und Birgit Mahnkopf hg. (1997), Münster: Westfälisches Dampfboot.

Buzan, Barry and Ole Wæver, *Regions and Powers: The Structure of International Security*, Cambridge, UK: Cambridge University Press

Wæver, Ole (1993) *Securitization and Desecuritization*, *On Security*, ed. Ronnie D. Lipschutz, New York: Columbia University Press, 46-86.